

NLD schlägt Anerkennung der Militärjunta vor

In einer Erklärung zum 59. Jubiläum des Unionstages am 12. Februar 2006, der an die Unterzeichnung eines Vertrages zwischen dem Aung San und führenden Vertretern ethnischer Nationalitäten am 12. Februar 1947 erinnert, hat die oppositionelle National League for Democracy (NLD) angeboten, die Militärjunta als de jure Regierung anzuerkennen. Im Gegenzug solle ein Parlament auf Grundlage der Ergebnisse der Parlamentswahlen von 1990 eingerichtet werden. Die Militärregierung würde vom Parlament als Ü-

bergangsregierung akzeptiert. Die NLD wollte bis zum 17. April, dem burmesischen Neujahr, auf eine Antwort der Militärführung warten. Oppositionsgruppen und Aktivisten in und außerhalb Burmas, darunter Studentenführer Min Ko Naing und die Exilregierung, waren überrascht von diesem Vorschlag, unterstützen ihn aber. Die Regierung hat auf ihn – wie erwartet – nicht reagiert.

vgl. Mizzima News 13.2.06, Irrawaddy 14.2.06, Special Declaration No 1/02 (2006) of the NLD 12 February 2006

Terrorismusvorwürfe gegen politische Gegner

Burmas Militärherrscher haben den Druck auf politische Rivalen und Rebellen erhöht. So gab es neue Vorwürfe gegen pro-demokratische Dissidenten und Aufständische. Sie planten angeblich terroristische Anschläge. Offizielle Medien beschuldigten eine Allianz von Rebellen, früheren Studentenführern und im Exil lebenden Dissidenten, über 20 Terroristen, verschiedene Ziele in Rangun und in Mawllamyine (Moulmein) in die Luft sprengen zu wollen. „Die Bomber planen terroristische Anschläge in Abstimmung mit Politikern“, so das offizielle Organ The New Light of Myanmar. Gemeint ist die pro-demokratische Nationale Liga für

Demokratie unter der Führung der inhaftierten Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi. Die jüngsten Vorwürfe kamen eine Woche, nachdem die Junta behauptet hatte, sie habe Beweise, die Aung San Suu Kyis Partei mit terroristischen Gruppen in Verbindung brächten. Nach Aung Naing Oo, einem burmesischen Beobachter, der in Thailand im Exil lebt, sind die jüngsten Behauptungen Teil einer breit angelegten Offensive des Militärs gegen alle seine Rivalen. Die NLD beschuldigte die Junta am vergangenen Dienstag, Dutzende ihrer Mitglieder einzuschüchtern und zum Rücktritt zu drängen.

vgl. agence france press, 4.5.06

Salween-Staudämme Bedrohung für Karenni

Nach einem Bericht der Karenni Development Research Group (KDRG) werden die Pläne für die Salween-Staudämme verheerende Folgen für die Bevölkerung haben. Die Gruppe rechnet mit erneuten Zwangsumsiedlungen, Wassermangel sowie Landminen und gesteigerter Militärpräsenz zum Schutz des Projekts. Einer der vier geplanten Dämme wird über 640 Quadratkilometer Land im Karenni-Staat überfluten, wovon 28 Dörfer und Kleinstädte mit insge-

samt 30.000 Menschen betroffen sind. Gemäß eines 2005 geschlossenen Abkommens mit Thailand, dem Hauptabnehmer der durch die Staudämme produzierten Energie, soll mit dem Bau 2007 begonnen werden. Der Bericht drängt darauf, dass das Projekt gestoppt wird. Er kann über www.salweenwatch.org heruntergeladen werden.

vgl. www.salweenwatch.org

ADB: Wachstum ohne Burma

In ihrem Ausblick für 2006 sagt die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) der Region Südostasien starke Wachstumschancen von sieben Prozent voraus. Beeinflusst wird dieser Trend von den Wachstumsökonomien China und Indien. Die Vorhersage zur Wirtschaftsentwicklung Burmas hingegen sei behindert durch unvollständige Informationen und Mängel in der Verlässlichkeit der Daten. Die Prognosen des Militärregimes mit 12,2 Prozent Wachstum werden von der ADB als „unrealistisch“ eingeschätzt. Vielmehr dürfte das Wachstum ohne wesentliche makroökonomische Reformen bescheiden verlaufen.

vgl. Irrawaddy 7.4.06

Restriktionen verstärken Verbreitung von Krankheiten

Einem kürzlich veröffentlichten Bericht von Experten der amerikanischen John Hopkins Bloomberg School of Public Health zufolge haben sich HIV/AIDS, Tuberkulose, Malaria und die Vogelgrippe in Burma stark ausgebreitet. Auf Grund der mangelhaften medizinischen Versorgung können sich immer resistenter und diversifizierte Erregerstämme entwickeln und somit schließlich zu einer humanitären Krise führen. Behinderungen von Unterstützung aus dem In- und Ausland verstärken diesen Trend. Laut Statistiken der Weltgesundheitsorganisation (WHO) war im Jahr 2000 einer von 29 Erwachsenen mit dem HI-Virus infiziert. Zwischen 40.000 und 80.000 Menschen starben in dem Jahr, während die offiziellen Daten des Gesundheitsministeriums von nur 800 Toten sprechen. Burma zählt außerdem zu den 22 Ländern mit den schlimmsten Tuberkulosefällen. Bis zu 40 Prozent der Bevölkerung könnten betroffen sein.

vgl. Democratic Voice of Burma 28.3.06,

Irrawaddy 28.3.06

Erdgasabkommen

Bei seinem Besuch in Rangun hat der indische Premierminister Abdul Kalam mit Burma Abkommen zur bilateralen Kooperation in den Bereichen Satellitentechnik, religiöser Austausch, militärische Zusammenarbeit und Erdgas abgeschlossen. Burma, das über bedeutende Erdgasreserven verfügt, hat bereits im letzten Jahr (2005) ein ähnliches Abkommen mit China unterzeichnet, so dass nun beiden Energiegiganten Vorzugsrechte beim Erdgasimport in Aussicht gestellt wurden. Zwar standen politische Themen wie der Hausarrest der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi nicht explizit auf der Agenda, doch sicherte Indien zu, einen Beitrag zum Aufbau der Demokratie in Burma zu leisten. Außerdem war die Errichtung einer Eisenbahnverbindung im Gespräch. Im Gegenzug erhofft Indien sich Hilfe bei der Bekämpfung von Aufständischen im an Burma grenzenden Nordosten des Landes.

vgl. AFP 9., 12.3.06., AP 8.3.2006, BBC 5.3.2006, Irrawaddy 8.3.2006,

Kyat auf absolutem Tiefstand

Die bereits hohe Inflation scheint durch die für Ende April 2006 geplante zehnfache Erhöhung der Gehälter von Regierungsangestellten noch verschärft zu werden. Mit dem Kyat auf einem absoluten Tiefstand, kostet der Dollar 1.400 Kyat im Vergleich zu 1.250 in der Vorwoche. Auch die Transportkosten schnellen durch den steigenden Dieselpreis in die Höhe. Seit Ankündigung der Gehaltserhöhung haben auch die Preise für Reis, Speiseöl und andere Nahrungsmittel um zehn Prozent zugenommen. Um die Inflation einzudämmen, wird die Regierung Expertenmeinungen zufolge Preise und Verkauf wichtiger Konsumgüter kontrollieren.

vgl. Irrawaddy 29.3.06.

Indonesischer Staatsbesuch

Bei seinem zweitägigen Besuch in Rangun hat der indonesische Staatspräsident Susilo Bambang Yudhoyono Burmas Generäle zu einer Demokratisierung in Burma gedrängt und dabei die Hilfe Indonesiens angeboten. Nachdem die burmesische Regierung im Vormonat ein Treffen mit dem A-SEAN-Gesandten und malaysischen Außenministers Syed Hamid Albar abgesagt hatte, war in Gesprächen des UN- Sonderbeauftragten für Menschenrechte Pinheiro mit Vertretern der indonesi-

schen Regierung die Vorgehensweise Susilos beim Treffen mit der Militärjunta augenscheinlich festgelegt worden. Doch zunächst hatte es so ausgesehen, als würden Fragen des Demokratisierungsprozesses und der Menschenrechtssituation in Burma strikt vermieden, standen doch bilaterale Kooperationsverträge im Mittelpunkt des Staatsbesuchs.

vgl. Irrawaddy 1.3.06, World Markets Analysis 22.2.06, Agence France Presse 25.2.06

Autounfall des Premierministers?

Gerüchten zu Folge wurden der Premierminister Burmas, General Soe Win, und seine Familie Opfer eines Verkehrsunfalls und in ein Militärkrankenhaus in Rangun eingeliefert. Der Unfall ereignete sich auf der Rückfahrt aus der neuen Hauptstadt des Landes, Pyinmana, nach Rangun. Der Fahrer verlor

die Kontrolle über das Fahrzeug und fuhr gegen einen Baum. Der Premier hatte den Berichten zufolge an einem wichtigen Treffen von Militärs teilgenommen, bei dem es um Umbesetzungen der Regierung ging.

vgl. Mizzima 15.5.2006

Wasserfestival

Mit dem traditionellen Wasserfestival hat Burma ein neues Jahr, 1368 nach burmesischer Zeitrechnung, eingeleitet. Buddhisten kamen in den Pagoden zusammen, um Verdienste zu erwerben und für ein gutes kommendes Jahr zu beten. Während dessen fanden auf den Straßen ausgelassene Feste statt, bei denen Wasser in Strömen floss. Astrologen haben ihren Segen für das neue Jahr ausgesprochen und ein Almanach mit den Vorhersagen herausgegeben. So

wird erwartet, dass Burma im neuen Jahr ein „Land von glücklichen Menschen, insbesondere jungen Bürgern“ sein werde. Wie in den Vorjahren und in den benachbarten buddhistischen Ländern, in denen das Neujahrsfest am Höhepunkt der heißen Jahreszeit gefeiert wird, warnten die Behörden davor, bei den Feiern über die Stränge zu schlagen.

vgl. Xinhua General News Service 13., 17.4.06, Irrawaddy 12.4.06